„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. H. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar);
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Großbritannien und Rußland

Die in der russischen Handelsvertretung zu London vorgenommenen Haussuchungen haben die gespannte Lage zwischen Großbritannien und dem Sowjetstaate wiederum blitzlichtartig beleuchtet. Es ist ja nicht das erste Mal, daß die britischen Behörden in geradezu provozierender Weise gegen russische Interessen und russische Einrichtungen vorgegangen sind. Mitunter hat es wirklich den Anschein, als wollte London die Geduld und Langmut Moskaus auf eine gefährliche Probe stellen, als sollte das britische Auftreten die Sowjetsüdchtaner zum offenen Konflikt in schärfster Form herausfordern.

Verschiedene Gründe werden von Kennern der weltpolitischen Lage für die britische Haltung ins Feld geführt. Die einen suchen die Erklärung in innenpolitischen Verhältnissen des britischen Inselreiches. Die in den letzten Jahren deutlich wahrnehmbare Radikalisierung der britischen Arbeiterbewegung, in der auch der kommunistische Gifteim zu wirken beginnt, mache, so argumentiert man, die besitzenden Kreise mobil und sporne sie zur Abwehr an. Andere denken an die Unstimmigkeiten im englischen Kabinett, wo gewisse Starrköpfe um jeden Preis einen Abbruch aller Beziehungen zu Moskau anstreben.

Doch die tiefste Ursache scheint uns gar nicht in Großbritannien selbst, sondern in Asien zu liegen, wo der Brite nicht erst seit heute oder gestern, sondern schon seit Jahrzehnten gegen das Vordringen des russischen Einflusses mit allen Mitteln seiner Diplomatie ankämpft. Persien, Afghanistan, China und Mandschurei sind schon lange wichtige Stützpunkte des britischen wie des russischen Machttriebens. Dort kreuzen und kreuzten sich stets die gegensätzlichen Interessen der beiden großen Nebenbuhler. Daher war auch die Zugehörigkeit des Zarenreiches zur deutschfeindlichen Kombination der „Triple Entente", im Grunde genommen, ein ganz unnatürliches Verhältnis. Heute nun ist Britanniens Macht im Fernen Osten vom russischen Bolschewismus bedroht. Wenn wir von Bolschewismus reden, dann verstehen wir darunter nicht nur das Sowjetsystem und den kommunistischen Irrwahn, sondern in erster Linie auch den russischen Imperialismus, der Asien als seine Domäne, als sein Herrschaftsgebiet betrachtet. Es ist sehr fraglich, ob Moskau wirklich im Ernste daran glaubt, daß die asiatischen Völker zu einer kommunistischen Weltrevolution zu gewinnen wären. Aber in einem Punkte sind die asiatischen Völker empfänglich und zugänglich, nämlich wenn es um die Befreiung vom Joche des Europäertums geht. Seit dem Weltkriege ist den Söhnen der gelben Rasse klar geworden, daß das Europäertum auf tönernen Füßen steht. Seitdem das stolze Britenvolk, das sich als die höchstzivilisierte Nation der weißen Rasse überall in der Welt ausgegeben hat, Gelbe, Schwarze, Braune und Rothäutige gegen seine weißen Rassenbrüder aufgehetzt und aufgeboten hat, seitdem man in China die Deutschen vor den Augen der Eingeborenen wie Sträflinge und Verbrecher behandelt hat, ist das Ansehen der weißen Rasse in den Augen der Gelben auf den Gefrierpunkt herabgesunken. Da bedarf es nur noch der zündenden Funken, die in die Pulverfässer Indien, dem Herzen des britischen Weltreiches, China usw. hineingeworfen werden, um eine Explosion hervorzurufen. Hier aber springt Moskau ein. Es spielt sich als den Beschützer der nationalen Minderheiten und als den Befreier der Unterdrückten auf. Es kann auch, wenn es sein muß oder erwünscht ist, mit sehr materiellen Mitteln den versklavten und ausgebeuteten Völkern zu Hilfe kommen. Am gefährlichsten aber ist seine Propaganda. Und diese fürchtet London, fürchtet Großbritannien, fürchtet jeder reichstreue Brite. Hier entfaltet sich eine unheimliche Macht, der man nicht mehr mit diplomatischen Kunstkniffen, um welche die englischen Staatsmänner nie verlegen waren, beikommen kann. Selbst Panzerkreuzer, Unterseeboote, Schlachtschiffe und Flugzeuge sind gegen diese Propaganda machtlos, liefern ihr höchstens neues Agitationsmaterial. Daher greift man in London zu Haussuchungen in Sowjeträumen, um belastendes Material zu Tage zu fördern und mit seiner Hilfe die Welt und namentlich die Briten in allen Erdteilen über die Gefährlichkeit und das Aggressive der Moskauer Politik aufzuklären und zur Gegenwehr aufzurütteln.

So und nur so kann nach unserer Ueberzeugung eine hinreichende Erklärung für die ernste Spannung zwischen London und Moskau gefunden werden.

Deutschfeindliche Demonstrationen in Polen

Anti-deutsche Demonstrationen fanden während der Wahlen in Rybnik, Polnisch-Oberschlesien, statt, wie an der polnischen Grenze eingetroffene Deutsche berichten.

Nach den Angaben der Flüchtlinge mißhandelten Gruppen von etwa fünfzig polnischen Nationalisten bei den Stadtwahlen die deutschen Einwohner.

Deutsche, die ihre Stimme abgeben wollten, wurden mit Knüppeln bearbeitet und deutsche Aufseher wurden nicht zum Zählen der Stimmen zugelassen. Läden, die Plakate in deutscher Sprache führten, wurden zerstört; einige Privathäuser von Deutschen wurden vom Pöbel überlaufen, und selbst einige Deutsche, die aus der Kirche kamen, wurden belästigt.

Aehnliche Gewalttaten kamen in den kürzlich im westpolnischen Abtretungsgebiet stattgefundenen Gemeindewahlen vor. In drei Fällen wurden erwählte deutsche Gemeindevorsteher und ein Stadtverordneter von Wojwoden nicht bestätigt. Als die Gemeindevorsteher zum zweiten Mal erwählt wurden, annullierte der Wojwode die Wahl und setzte Polen als kommissarische Vorsteher ein.

Sehr schlimm ist es auch um das Schulwesen in Posen und in Pomerellen bestellt. In einer der letzten Senatssitzungen in Warschau machte Senator Hasbach darauf aufmerksam, daß rund 10.000 deutsche Kinder, davon 3000 in Posen und 7000 in Pomerellen, gezwungen sind, in rein polnische Volksschulen zu gehen. Die Gründung von deutschen Volksschulen wird, unter Nichtachtung der Verfassung und des Minderheitenschutzvertrages, verweigert. Senator Hasbach wies darauf hin, daß im Jahre 1922 das für ganz Polen giltige Gesetz über die Gründung und Erhaltung von Volksschulen erlassen wurde. Darin heißt es im Artikel 18: „Die Organisierung der Schulen der Minderheiten erfolgt durch ein besonderes Gesetz." Bis heute aber wurde dieses Versprechen der polnischen Regierung nicht erfüllt.

Die Bedeutung des deutschen Elements

Amerikanischer Botschafter über die deutsche Sprache

Bei der kürzlichen Hundertjahrfeier von Bremerhaven (Deutschland), über deren Verlauf bereits berichtet worden ist, hielt der amerikanische Botschafter in Berlin Schurman eine bedeutsame Rede. Er erklärte u. a.:

„Wenn Amerika ein anderer Name für Gelegenheit ist, so kann wahrlich behauptet werden, daß keine anderen Einwanderer diese Gelegenheit größerem Erfolge ergriffen haben als die Deutschen zu ihrem eigenen Wohlergehen, zur Förderung der Interessen des amerikanischen Volkes und zur Stützung der amerikanischen Regierung. Sie sind fleißig gewesen und sie sind vorwärts gekommen, wie sie es verdient haben. Ordnungs- und rechtliebend, sind sie immer für die Erhaltung von Recht und Ordnung im Gemeinwesen eingetreten und haben andererseits verstanden, ihre durch die Verfassung gewährleisteten persönlichen Rechte zu wahren. Heute sind ihre Nachkommen und Nachfolger so gut wie alle übrigen Amerikaner Vorkämpfer für Abrüstung und Frieden. **Bei der Bildung der amerikanischen Rasse ist das deutsche Element von großer Bedeutung gewesen. Es hat zu dem vorhandenen Bestand etwas Besonderes und Wertvolles hinzugebracht. Die deutsche Sprache hatte in den Jahrzehnten unmittelbar vor und nach der Wende des 20. Jahrhunderts auf den amerikanischen Schulen und Universitäten eine Vorzugsstellung inne. Ich zweifle nicht daran, daß die deutsche Sprache in kurzer Zeit wieder — und sie ist bereits auf dem besten Wege — die Vorherrschaft gewinnen wird, die sie infolge der Ereignisse, die nur eine kurze Zeitspanne hinter uns liegen, verloren hat.**"

Weltumschau

Deutschland.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sommerfahrplanes ist bei der Reichsbahn, bei den Berliner Verkehrsmitteln und bei der Reichspost die 24-Stundenzählung eingeführt worden. Im Telegraphen- und Fernsprechbetriebe besteht diese durchgehende Zeitrechnung schon seit Herbst vorigen Jahres. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft hat verfügt, daß die Zifferblätter der Uhren an den Außenseiten der Bahnhöfe, in den Bahnhofsvorhallen, in den Wartesälen und auf den Bahnsteigen mit den Stundenziffern 13 bis 24 versehen werden sollen. Die Reichspost hat dagegen vorläufig eine Aenderung ihrer Uhren nicht in Aussicht genommen. Nur die Briefaufgabestempel sollen nach und nach geändert werden. Auch das Publikum beginnt sich bereits auf 24-Stundenzählung einzustellen. Insbesondere sind es die Vertreter der in erster Linie daran interessierten Berufe (Eisenbahner, Postbeamte und Angestellte öffentlicher Verkehrsunternehmen usw.), die ihre Taschenuhren umändern lassen. Das geschieht zumeist in der Weise, daß die Uhrmacher durch ein Abziehverfahren dem Zifferblatt innerhalb des schwarzen Ziffernkranzes einen zweiten Kranz mit den Ziffern 13 bis 24 in Rot aufdrucken. Dieses Verfahren scheint bisher das einfachste und billigste zu sein. Natürlich sind auch schon einige Neuerungen herausgebracht worden, u. a. eine Aenderung, die bei Betätigung eines kleinen Hebels zwei verschiedene Zifferblätter zeigt. Wahrscheinlich wird man auch dazu übergehen, neue Uhren zu fabrizieren, deren Zifferblätter in einem Kranze die Zahlen 1 bis 24 zeigen. Bei diesen Uhren müßte dann das Räderwerk entsprechend geändert werden, denn es darf nur halb so schnell laufen wie in den jetzt allgemein gebräuchlichen Uhren. Die Reichsbahn und die Reichspost waren nach sorgfältiger Prüfung des Problems der 24-Stunden-Zeitrechnung auf seine Rückwirkungen, seine Vorzüge und Nachteile zu dem Ergebnis gelangt, daß aus Erwägungen internationaler Verkehrspolitik Deutschlands Anschluß an die 24-Stundenzeit geboten sei. In anderen europäischen Ländern, besonders in Frankreich, Belgien, Italien, England, Schweiz und Oesterreich hat sich das neue Zeitsystem erfahrungsmäßig bewährt.

Die Vorlage des Ministeriums Marx, welche das Reichsgesetz zum Schutze der Republik auf zwei Jahre verlängert, wurde im Reichstag mit 323 gegen 47 Stimmen angenommen. Das alte Gesetz erlischt im Juli. Durch das Vorgehen kann eine Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland wirksam verhindert werden, bis das neue Strafgesetzbuch vollendet und gebilligt ist. Es wird erwartet, daß dann die Rückkehr des einstigen Herrschers dauernd unmöglich ist.

Frankreich

Der Jahreskonvent des Nationalverbandes der französischen Kriegsveteranen hat eine Resolution angenommen, in der ausgeführt wird, Frankreich sollte die durch ihren Ankauf von Kriegsmaterialien von der amerikanischen Heeresleitung entstandene Schuld von $407,000,000 begleichen, aber keine „politische Schuld" bezahlen. Es wird dann in der Resolution auseinandergesetzt, daß die „politische Schuld" den Anteil der Vereinigten Staaten an den Kosten des gemeinsamen mit den alliierten Mächten durchgeführten Krieges repräsentiere. Wenn Amerika auf der Bezahlung dieser Schuld bestehen sollte, würden die französischen Veteranen, „die vier Jahre lang schwere Opfer gebracht haben, um den Alliierten den Sieg zu bringen, aus dem Amerika bis jetzt Nutzen gezogen hat, bitter enttäuscht sein."

Großbritannien

Die polizeiliche Durchsuchung von Arcos House, der russischen Geschäftsstelle für Handel, endete ohne Entdeckung vermißter Staatspapiere.

Präsident Doumergue von Frankreich und seine Begleiter, unter ihnen Außenminister Briand, trafen mit dem Prinzen von Wales, der dem Präsidenten bis Dover entgegengefahren war, in London ein. Sie wurden am Bahnhof von König Georg, Prinz Henry, dem Herzog von Connaught, Premier Baldwin, Außensekretär Sir Austen Chamberlain und anderen hohen Regierungsbeamten empfangen. Präsident Doumergue fuhr mit dem König nach dem Buckingham-Palast, wo er von der Königin Mary begrüßt wurde.

Eine Kolonialkonferenz, in welcher 24 britische Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete vertreten sind, wurde unter dem Vorsitz des Kolonialsekretärs Amery eröffnet. Die Konferenz sucht die Kolonien inbezug auf ihre Verwaltung und Entwicklung ergiebiger zu machen.

Die 17 reichsten Männer von Großbritannien kämen dem Reichtum von Henry Ford nicht gleich, wenn sie ihre Vermögen zusammenwerten würden. Ein Londoner Blatt sucht dies durch Zahlen zu zeigen. Die 17 reichsten Männer von Britannien haben zusammen einen Reichtum von 900 Millionen Dollars. In der ersten Klasse der Statistik stehen der bekannte Rheder Sir John Ellerman, Lord Iveagh und möglicherweise der Herzog von Westminster. Die vereinigten Vermögen dieser Gruppe werden auf 300 Millionen Dollars veranschlagt. Die zweite Klasse, Millionäre mit Vermögen von 75 Millionen Dollars oder darüber, enthält eine größere Zahl. Zu dieser Gruppe gehören Lord Rothermere, der Zeitungsmagnat, Sir David Yule und andere. Auch der kürzlich verstorbene Lord Cowdray, Besitzer eines der wenigen englischen Oelvermögen, wurde zu dieser Klasse gerechnet. Die nächste Klasse umfaßt Besitzer von Vermögen, die geringer sind als 75 Millionen. Lord Ashton, der durch Linoleum reich wurde, verschiedene Brenner, Tabakfabrikanten, Lord Derby, der berühmte Rennstall-Besitzer, der Herzog von Portland und andere sind unter dieser Gruppe.

Jugoslawien.

37 Erdbeben wurden in den letzten Tagen in Jugoslawien wahrgenommen. Mehrere Menschen sind bei der verursachten Panik ums Leben gekommen, und beträchtlicher Sachschaden wurde berichtet. Acht Todesfälle wurden aus den Provinzen gemeldet. Zwei Personen fanden ihren Tod, als sie aus dem Fenster im oberen Stockwerke ihres Hauses sprangen.

Erdbeben, die sich in Belgrad ereigneten, trieben viele Leute in Nachtgewändern aus ihren Wohnungen. Sie sammelten sich in den Parks und an den Flußufern an, um der Gefahr, von stürzenden Ziegeln getroffen zu werden, zu entgehen. Der Schaden war hier, abgesehen von einigen Rissen in den Mauern des Königspalastes und im Gebäude des Außenministeriums, nur leicht.

Zur Frage der internationalen Handelsverträge

Rede des deutschen Vertreters auf der Weltwirtschaftskonferenz.

In einer der letzten Sitzungen der Weltwirtschaftskonferenz gelangte eine der brennendsten Fragen, die alle Welt beschäftigt, zur Besprechung, nämlich die jetzigen Hemmnisse für den Außenhandel.

Der Staatssekretär im deutschen Reichswirtschaftsministerium, Trendelenburg, sagte unter anderem: „Wenn seit Kriegsende die gesamte Wirtschaft nicht zur Ruhe und zu einer gedeihlichen Entwicklung gelangt ist, so trägt hieran in erster Linie die Kurzfristigkeit der meisten Handelsabkommen die Schuld. Denn ein Abkommen über die Gestaltung des Warenaustausches zwischen zwei Staaten soll doch dauernde Grundlagen legen, die der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft gestatten, zu prüfen und sich darauf einzurichten, welche Waren sie nach dem Gebiet des Vertragschließenden ausführen und welche sie von dort mit Vorteil beziehen können. Alle Interessenten müssen sich also auf die durch ein Handelsabkommen geschaffenen neuen Grundlagen einstellen, sie müssen hiernach die Preise kalkulieren und ihre nötigen Vorbereitungen für einen dauernden Warenaustausch treffen. Alles dies ist nicht möglich oder doch zwecklos, wenn der Handelsvertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen wird, oder wenn gar nur ein Provisorium von einigen Monaten zustandekommt.

„Deutschland leidet besonders schwer unter der Kurzfristigkeit seiner bisherigen Handelsabkommen, weil es ja seine gesamte Wirtschaft nach Kriegsende neu aufbauen und in der ganzen Welt die abgerissenen oder unterbrochenen Beziehungen aufs neue anknüpfen mußte. Wenn dies trotz aller Hindernisse in vielen Staaten gelungen ist, so ist das Verdienst hieran nicht der deutschen Handelspolitik zuzuschreiben, sondern der Tüchtigkeit und Regsamkeit des deutschen Kaufmanns, der auch durch Rückschläge aller Art sich nicht entmutigen läßt, sondern sein einmal gesetztes Ziel im Auge behält.

„Von den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen Deutschlands ist für den mit Schweden eine Dauer von drei Jahren festgelegt; für die Abkommen mit Belgien und Litauen eine zweijährige, mit der Schweiz eine einjährige Dauer vereinbart. Nur mit den Vereinigten Staaten kam ein Vertrag von zehn Jahren, mit England von fünf Jahren zustande. Doch ist deren Wert sehr relativ, weil diese Staaten sich auf keine Zollbindungen eingelassen haben, so daß sie nach Belieben ihre Zölle erhöhen oder neue einführen können. In England fordert die Industrie für immer weitere Erzeugnisse Schutzzölle und setzt sie zum Teil auch durch. Wo Deutschland aber unbefristete Handelsverträge erreicht hat, da steht deren Auswirkung die dreimonatige Kündigungsfrist im Wege, so bei den Niederlanden, mit Oesterreich, Jugoslawien und mit den Randstaaten. Ueberhaupt bildet die kurze Kündigungsfrist ein zweites Hemmnis für Ausbreitung des Handels auf lange Sicht."

Trendelenburg erklärte, daß Deutschland die Gestaltung seiner Handelsbeziehungen zu Frankreich am drückendsten empfinde, da diese seit dem Jahre 1925 nur auf Provisionen beruhe. Zum 1. Juli ds. Js. soll hierin ein Wandel eintreten, da Frankreich bis dahin seinem neuen Zolltarif die Zustimmung des Parlaments zu sichern hoffe. Es schien aber schon jetzt zweifelhaft, ob es selbst bei fleißigster Arbeit der beiderseitigen Delegationen gelingen werde, bis dahin einen neuen Handelsvertrag zustande zu bringen. Aber selbst wenn ein beide Teile zufriedenstellender Vertrag bis zum 1. Juli in Paris abgeschlossen werden sollte, dürfte seine Gültigkeitsdauer auf französischer Seite bis zur Einführung des in Aussicht genommenen neuen Zolltarifs befristet sein.

Auch Italien und Spanien haben sich für einen solchen Fall die kurzfristige Kündigung der Handelsabkommen vorbehalten. Vor dem Kriege brauchte mit solchen Möglichkeiten nicht gerechnet zu werden.

Die Zollgesetzgebung, sagte der deutsche Vertreter, sei in den letzten Jahren derart in Fluß gekommen, daß selbst amtliche Stellen alle Mühe haben, auf dem Laufenden zu bleiben.

Dr. Trendelenburg erwähnte, daß jetzt wenigstens in fast allen Ländern die Absicht bestehe, auf die bisher noch bestehenden Einfuhr- und Ausfuhrverbote — soweit nicht militärische, gesundheitliche, sittliche oder Gründe der inneren Sicherheit dies erfordern — zu verzichten. Auch Frankreich habe sich hierzu bereit erklärt, und von der Tschechoslowakei, die zur Zeit noch Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen anwende, dürfe man erwarten, daß sie diese Erschwerungen auf ein Minimum beschränken werde.

Dr. Trendelenburg unterstützte den Vorschlag, die Weltwirtschaftskonferenz möge die Frage prüfen, ob es nicht möglich sei, ohne Beeinträchtigung der Zollautonomie der einzelnen Länder ein einheitliches Tarifschema, für alle Staaten, aufzustellen, das dann auch in einem einheitlichen Schema für die Handelsverträge seine Ergänzung finden sollte. Es wäre aber schon ein großer Erfolg, wenn sich die Weltwirtschaftskonferenz wenigstens im Prinzip für den Abschluß langfristiger Handelsverträge einsetzen sollte. Dr. Trendelenburg gab schließlich seiner Ansicht Ausdruck, daß internationale Kartelle nur eine temporäre Lösung für wirtschaftliche Uebelstände seien.

Tschechoslowakei

Sieben reichsdeutschen Firmen gehörende Industrieunternehmungen in Nordböhmen haben sich an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen gewendet, zugunsten der Befriedigung ihrer Forderungen von insgesamt acht Millionen Goldkronen gegen den ehemaligen österreichischen Militärfiskus einzuschreiten. Da die Friedensverträge über derartige Forderungen keine Bestimmungen enthalten, hat Oesterreich die Bezahlung der Schuld abgelehnt.

Rußland.

Klaviere, einst Eigentum des verstorbenen Zaren Nikolaus, und andere Musikinstrumente aus den kaiserlichen Schlössern in Leningrad, Gatschina und Peterhof sind nach Moskau gebracht worden, um hier meistbietend zur Versteigerung zu gelangen. Unter den Klavieren befindet sich das erste von einer deutschen Firma hergestellte Instrument, welches als Geschenk für den Zaren bestimmt war. Eine Sammlung von Blasinstrumenten, Eigentum des Zaren Alexander III., wird gleichzeitig versteigert werden. Zar Alexander, der von 1881 bis 1894 regierte, liebte schmetternde Blasmusik und war selbst ein tüchtiger Trombonespieler.

Indien.

Indische Beamte haben Gul Akbar verhaftet, der einer der fünf Männer gewesen sein soll, die im April 1923 Frau Ellis, die Gattin eines britischen Majors, ermordeten und ihre Tochter Molly entführten. Gul Akbar war nach dem Verbrechen in die Berge geflüchtet und kehrte kürzlich in Verkleidung zurück. Er wurde jedoch erkannt und festgenommen. Drei andere an dem Verbrechen beteiligte Männer wurden in Afghanistan verhaftet und von der Regierung nach Turkestan ausgewiesen. Der fünfte, Sultan Mir, konnte noch nicht aufgefunden werden.

Belgien.

Die belgischen Blätter mit wenigen Ausnahmen nehmen energisch Stellung gegen die nach ihrer Erklärung immer offenkundiger werdenden Bestrebungen Frankreichs, Belgien zu bewegen, sich durch eine Wirtschaftsunion zwischen den beiden Ländern in politischer Hinsicht der Obervormundschaft Frankreichs zu unterstellen.

„Libre Belgique" schreibt, daß den Zolltarifunterhandlungen in Paris zwischen französischen und belgischen Delegaten neben dem wirtschaftlichen Interesse, das die Industriellen und Geschäftsleute dieser beiden Staaten der Konferenz entgegenbringen, eine für Belgien weit höhere Bedeutung beigemessen werden müsse. Aeußerungen verschiedener Pariser Blätter zitierend, erklärt die Zeitung, amtlich handle es sich wohl lediglich darum, das bestehende französisch-belgische Zolltarifabkommen abzuändern und den heutigen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen anzupassen, aber es sei ein öffentliches Geheimnis, daß die französischen Unterhändler während der Verhandlungen versuchen werden, die belgische Regierung zum Abschlusse einer Wirtschaftsunion zu veranlassen.

Aus den weiteren Bemerkungen des „Libre Belgique" und anderer Zeitungen ist ersichtlich, daß die öffentliche Meinung Belgiens der Schaffung einer Wirtschaftsunion mit Frankreich zum großen Teile feindlich gegenübersteht. Da Frankreich viel größer und einflußreicher ist als Belgien, befürchtet man, daß das Brüsseler Kabinett bald zum Rang einer gewöhnlichen französischen Provinzregierung herabsinken würde und man erklärt, eine Wirtschaftsunion würde der belgischen Industrie, die Frankreich aus Konkurrenzgründen schon seit jeher ein Dorn im Auge war, nur zum Schaden gereichen.

Spanien

Unterhandlungen zwischen der Vereinigten Staaten und den spanischen Behörden bezüglich eines provisorischen Handelsabkommens werden noch fortgeführt. Danach sollen die Vereinigten Staaten die gleichen Vorteile genießen, welche jetzt Nationen innehaben, mit denen günstige Abkommen abgeschlossen wurden.

Mexiko

Ueber 2000 Personen, die sich unter der Anklage umsturzlicher und revolutionärer Betätigung in Haft befinden, werden, wie die Zeitung „El Sol" meldet, in Kürze nach Tres Marias, der tropischen Strafkolonie-Insel Mexikos im Stillen Ozean, überführt werden. Die Insel wird oft mit der französischen Strafkolonie auf der Teufelsinsel verglichen.

Die Zeitung nimmt an, daß die meisten dieser Gefangenen Katholiken sind und bemerkt hierzu, daß diese Zwangsdeportation viel dazu beitragen werde, „die katholische Revolution gegen die Regierung zu zerschmettern."

Die Zeitung „El Unversal Gratico" erklärt, daß seit der Abreise des Bischofs Alonsus Altamirano von Huajuapan De Leon und des Rev. Campos, kein einziger katholischer Prälat in Mexiko mehr sei, mit Ausnahme des Erzbischofs Francis Orozco Y. Jiminez von Guadalajara, der sich im Staate Jalisco verborgen aufhalte. Verschiedene wohlunterrichtete Personen äußerten ihre Meinung dahin, daß noch andere Prälaten im Lande seien, deren Aufenthaltsort aber geheim gehalten werde.

Internationale Schulden und Reparationen

Der Krieg hat auch für die sogenannten Siegerstaaten eine unendlich drückende Schuldenlast hinterlassen. Wenn auch kein rechtlicher Zusammenhang zwischen den interalliierten Kriegsschulden und den deutschen Reparationszahlungen bestehen kann, so ist ein tatsächlicher Zusammenhang doch nicht zu verkennen. Die verschuldeten Staaten weigern sich, ihren ehemaligen Verbündeten mehr zu zahlen, als sie von Deutschland erhalten. Tatsächlich sind auch die Forderungen an Deutschland nach dem Dawesplan 1924 so bemessen worden, daß ihr Wert dem damaligen Gegenwartswert der interalliierten Schulden entsprach. Inzwischen sind die Zahlungsverpflichtungen der verschuldeten Länder vielfach herabgesetzt worden, nicht aber die deutschen Zahlungsverpflichtungen. Zur Zeit des Inkrafttretens des Dawesplanes betrug der Wert der interalliierten Kriegsschulden 46 2/3 Milliarden Reichsmark. Ungefähr ebensoviel, annähernd 47 Milliarden, betrug der kapitalisierte Gegenwartswert der deutschen Reparationszahlungen 1924 auf Grund des Dawesplanes. Ob das ein Zufall oder beabsichtigt war, ist nicht bekannt. Inzwischen sind aber die von den Reparationsgläubigern zu zahlenden interalliierten Kriegsschulden durch verschiedene Vereinbarungen wesentlich ermäßigt worden. Heute, 1927, stehen so immer noch 47 Milliarden deutscher Reparationsverpflichtungen 31¼ Milliarden Kriegsschulden der Reparationsgläubiger gegenüber. Die deutschen Reparationsverpflichtungen sind nicht herabgesetzt worden, trotzdem die andere Seite eine fühlbare Erleichterung ihrer Verpflichtungen durchgesetzt hat.

In die mannigfachen weiteren Verflechtungen der interalliierten Schulden führt eine Betrachtung der Politik Großbritanniens seinen Schuldnern gegenüber ein. Es ist aus dem Krieg als Gläubiger den übrigen Verbündeten und als Schuldner Amerika gegenüber hervorgegangen. Die Guthaben überstiegen jedoch die Schulden. England war bis 1922 für allgemeine Streichung der Kriegsschulden, was jedoch ohne die Zustimmung Amerikas nicht durchgeführt werden konnte. Ein Sonderproblem sind die russischen Kriegsschulden. Der Hauptgläubiger Rußlands ist zwar Frankreich, aber auch England, Deutschland, Belgien und die Vereinigten Staaten hatten vor dem Krieg Rußland große Anleihen gewährt. Bei Kriegsausbruch betrug die russische auswärtige Schuld 7,5 Milliarden Rubel, die sich im Krieg verdoppelte. Sie beträgt nach einigen Angaben 13,8 Milliarden Rubel oder 27,6 Milliarden Goldmark. Die Sowjetregierung nahm als eine ihrer ersten Amtshandlungen am 21. Januar 1918 den Widerruf der auswärtigen Schulden Rußlands vor, da sie nicht für die Verpflichtungen der zaristischen Regierung aufzukommen habe. Bis heute hält sie an diesem Standpunkt fest, und so ist die Regelung der russischen Schulden immer noch eine schwebende Frage.

In den französisch-englischen Verhandlungen über die Schuldenregelung trat das Bestreben Frankreichs hervor, seine Zahlungen mit den Eingängen aus den deutschen Reparationszahlungen zu verknüpfen und von ihnen abhängig zu machen. Das Caillaux-Churchill-Abkommen vom 12. Juli 1926, das freilich noch nicht ratifiziert ist, sieht jährliche Zahlungen Frankreichs von 12½ Millionen Pfund ab 1927, ab 1958 bis 1988 von 14 Millionen Pfund vor. In den erläuternden Begleitschreiben wurde jedoch Frankreich das Recht zugestanden, im Falle, daß die deutschen Zahlungen aus dem Dawesplan um 50 Prozent niedriger sind als vorgesehen, eine Neuregelung des Abkommens zu verlangen. Das Abkommen reduzierte schon die französische Gesamtschuld von 653,5 Millionen auf 222 Millionen Pfund. Interessant ist die Feststellung, daß Frankreich imstande ist, schon mit der Hälfte der deutschen ihm zukommenden Dawesleistungen seine Schulden an England und Amerika zu bezahlen.

Mit den Vereinigten Staaten hat Frankreich ein Provisorium abgeschlossen, wonach es als Abschlagszahlung 10 Millionen Dollar zahlt und ferner die in Frankreich verbliebenen amerikanischen Heeresbestände allmählich abzahlt. Der Ueberschuß der Reparationszahlungen über die Schuldenleistungen der vier Hauptreparationsgläubiger ist nach den jetzigen Regelungen ganz beträchtlich. Man sieht also, wie die Gegenseite ihren Vorteil zu wahren versteht, jedoch nicht daran denkt, die enormen Lasten Deutschlands zu verringern. Eine Regelung nach Recht und Billigkeit wäre jedoch dringend erforderlich, um Deutschland, das angeblich gleichberechtigt im Völkerbund sitzt, nicht auf die Dauer im Zustand einer drückenden Hörigkeit zu lassen.

Obige Ausführungen stützen sich auf Untersuchungen von Professor Dr. Friedrich Raab und Wilhelm Schaer in der neuen Nummer vom 1. Mai der Zeitschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände „Der Weg zur Freiheit". Sie ist zum Bezugspreis von 1 Mark für zwei Nummern monatlich beim Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin NW 7, Schadowstr. 2, zu beziehen.

Beim Uhrmacher.

Ein Mann kommt zum Uhrmacher mit dem Perpendikel in der Hand.

„Ja, mein Herr, Sie müssen mir schon die Uhr bringen, wenn ich sehen soll, was ihr fehlt."

„Der Uhr fehlt gar nichts — blos das Perpendikel geht nicht."

Nachhilfe. Dichter: „Die Aufruhrszene war sehr realistisch." Theaterdirektor: „Das glaub' ich. Ich hab' dem Regisseur gesagt, er soll vorher auf die Bühne gehen und den Statisten sagen, daß wir ihnen die Gage nicht auszahlen können."

Wie Sie Ihre vitale Kraft und Energie steigern können.

Ruga-Tone erzeugt einen Ueberfluß an reichem gesundmachendem Blut, und Sie sollten es nicht versäumen, damit einen verständnisvollen Versuch zu machen, wenn Sie geringen Appetit, schlechte Verdauung, schwache Nieren oder Blase, Gas oder Blähungen im Magen oder in den Eingeweiden, Aufschwemmungen, Schwindelanfälle, Erbrechen, träge Leber, schwache Nerven und schwache lebenswichtige Organe oder ähnliche Leidenszustände haben, die aus einem allgemeinen heruntergekommenen, kränklichen und entkräfteten Befinden resultieren.

Ruga-Tone hat nicht versagt, die Probe seit 35 Jahren zu bestehen und Millionen Leute sind durch seinen Gebrauch gesundheitlich wieder bedeutend in Vorteil gebracht worden. Gewähren Sie Ruga-Tone eine verständnisvolle und angenehme Probe. Es wird sicher Wunder für Sie hervorbringen. Wohlgemerkt, falls Ruga-Tone Sie nicht in jeder Beziehung verbessert, — Sie stärker, gesünder und glücklicher macht, sowie auch stärker und energischer, — wird Ihnen Ihr Geld wiedererstattet. Kaufen Sie heute eine Flasche. Seien Sie sicher, daß es Ruga-Tone ist.